Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2020

Nr. 399

ausgegeben am 4. Dezember 2020

Gesetz

vom 30. September 2020

über die Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich
Meine Zustimmung:¹

I.

Abänderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 24. November 2010 über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz; ALVG), LGBI. 2010 Nr. 452, wird wie folgt abgeändert:

Art. 36 Abs. 2

2) Mit der Zahlung gehen alle Ansprüche des Arbeitslosen im Insolvenz- und Exekutionsverfahren im Umfang der ausgerichteten Taggeldentschädigung auf die Versicherung über. Diese darf auf die Geltendmachung nicht verzichten, es sei denn, das Insolvenzverfahren werde mangels kostendeckenden Vermögens aufgehoben. Die Versicherung kann auf die Geltendmachung verzichten, wenn sich nachträglich zeigt, dass der Anspruch offensichtlich unberechtigt ist.

¹ Bericht und Antrag sowie Stellungnahme der Regierung Nr. 49/2020 und 89/2020

Art. 56 Abs. 1 Bst. a

1) Beitragspflichtige Arbeitnehmer von Arbeitgebern, die in Liechtenstein der Zwangsvollstreckung unterliegen oder in Liechtenstein Arbeitnehmer beschäftigen, haben Anspruch auf Insolvenzenschädigung, wenn:

- a) über das Vermögen ihres Arbeitgebers das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird und ihnen in diesem Zeitpunkt Lohnforderungen zustehen; oder

Art. 57 Abs. 1

1) Die Insolvenzenschädigung deckt Lohnforderungen für die letzten drei Monate des Arbeitsverhältnisses vor und einen weiteren Monat nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder vor bzw. nach der Abweisung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens oder vor bzw. nach gerichtlicher Geltendmachung der Lohnforderungen, für jeden Monat jedoch nur bis zum Höchstbetrag für die Beitragsbemessung nach Art. 4 Abs. 2.

Art. 59 Abs. 1

1) Mit der Ausrichtung der Entschädigung gehen die Lohnansprüche des Arbeitnehmers im Ausmass der bezahlten Entschädigung im Insolvenz- und Exekutionsverfahren auf die Versicherung über. Diese darf auf die Geltendmachung nicht verzichten, es sei denn, das Insolvenzverfahren werde mangels kostendeckenden Vermögens aufgehoben.

Art. 60

Pflichten des Versicherten

1) Der Arbeitnehmer hat im Insolvenz- oder Exekutionsverfahren alles zu unternehmen, um seine Ansprüche gegenüber dem Arbeitgeber zu wahren, bis das Amt für Volkswirtschaft ihm mitteilt, dass es an seiner Stelle in das Verfahren eingetreten ist. Danach hat er das Amt für Volkswirtschaft bei der Verfolgung des Anspruchs in jeder zweckdienlichen Weise zu unterstützen.

2) Der Arbeitnehmer hat die Insolvenzschiidigung zuruickzuerstaten, soweit die Lohnforderung im Insolvenzverfahren nicht festgestellt oder aus Grunden nicht gedeckt wird, die der Arbeitnehmer absichtlich oder grobfahrlaessig herbeigefuehrt hat, ebenso soweit sie vom Arbeitgeber nachtraeglich erfuellt wird.

Art. 61 Abs. 1

1) Der Arbeitgeber sowie das Insolvenz- und Exekutionsgericht sind verpflichtet, dem Amt fuer Volkswirtschaft alle erforderlichen Auskuenfte zu erteilen, damit der Anspruch des Arbeitnehmers beurteilt und die Insolvenzschiidigung festgelegt werden kann.

II.

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetz vom 30. September 2020 ueber die Aebänderung der Konkursordnung in Kraft.

In Stellvertretung des Landesfuersten:

gez. *Alois*

Erbprinz

gez. *Adrian Hasler*

Fuerstlicher Regierungschef